

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger

Ersteinstveröffentlichung Nachmittags. Bezugspreis monatlich im voraus 1.80 RM frei ins Haus. Einzelne Nr. 10 R.-Pfg., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfg. Anzeigenpreise: Gesp. Postzettel 15 R.-Pfg., von außerhalb des Bezirkes 20 R.-Pfg., Gesp. Reklamenzettel 45 R.-Pfg., Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 10 R.-Pfg., Nachweise- und Offertengebühr 20 R.-Pfg., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Geschäftsbereich: Waldenburg, Postfach Nr. 2. Druckerei: Waldenburg, Postfach Nr. 2. Redaktion: Waldenburg, Postfach Nr. 2. Abgabe: Waldenburg, Postfach Nr. 2. Verteilung: Waldenburg, Postfach Nr. 2.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (D. Z. V.) - Verlagort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Aufgabebetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altendurgerstr. 32. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedb. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolfenbüttel bei Herrn Einar Friebemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dabberg in Siegelheim bei Fr. Schmidt, Postagentur.

Gleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Raufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolfenbüttel und Siegelheim.

Nr. 11

Dienstag, den 14. Januar 1930

52. Jahrgang

Rückkehr zum Dawesplan angekündigt.

Amtlicher Teil.

Die Grundsteuer (4. Termin) ist am 15. Januar fällig und bei Vermeidung zwangsweiser Beitreibung bis spätestens am 25. d. M. hierher abzuführen. Am 15. d. M. ist die Stadt- und Steuerkasse in der Verwaltungsstelle für den öffentlichen Verkehr durchgehend von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Waldenburg, den 13. Januar 1930. Der Stadtrat.

Es sollen meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden:

Dienstag, den 14. Januar 1930, Vormittags 10 Uhr in Falken 1 Badentafel und 2 Regale - Sammelort der Bieter: Gasthaus Hoffnung, Falken-Anteil.

Mittwoch, den 15. Januar 1930, Vormittags 10 Uhr im gerichtlichen Versteigerungsraum 1 Ziehharmonika (Wiener) und 2 Korona-Fahrräder.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Waldenburg, den 13. Januar 1930.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist gestern Sonntag Abend nach dem Haag abgereist.

Der Reichsernährungsminister beantragt eine Erhöhung der Getreidezölle.

In Genf tritt heute der Völkerbund zu seiner 58. Tagung zusammen.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags nahm den § 9 des Republikstrafgesetzes an, der die Auflösung staatsfeindlicher Versammlungen regelt.

Zu Kiel fand am Sonnabend eine Landbundtagung statt. An der Berliner Börse wurde der Privatdiskont für beide Sichten um 1/8 auf 6 1/2 Prozent ermäßigt.

Der Kreuzer „Gmden“ tritt heute eine neue Auslandsreise an, die ihn über Westindien nach New Orleans führen wird.

Zu Haag ist eine teilweise Einigung erzielt worden. Das portugiesische Kabinett ist zurückgetreten.

In Polen gibt es 3 Millionen Analphabeten.

In London kam es zu einer Einigung in der englisch-polnischen Kohlenfrage.

In Petersburg wurde eine Kirche zu einer kommunikativen Schule umgewandelt.

China wird von einer Kältetatsrophe heimgeführt.

Waldenburg, 13. Januar 1930.

An diesem Montag treten die Haager Verhandlungen in ein neues Stadium: der Organisationsausschuß für die VZB tritt zusammen. Damit werden in den nächsten Tagen besonders die banktechnischen Fragen in den Vordergrund treten. Es handelt sich dabei insbesondere um die „Mobilisierung“ oder „Privatisierung“ der deutschen Reparationsschuld. Diese Frage liegt ganz besonders den Franzosen am Herzen. Der französische Finanzminister Loucheur hatte auch bereits am Freitagnachmittag mit Snowden, Mosconi und Pirelli lange Unterhaltungen über die Mobilisierung des ersten Abschnitts der deutschen Schuld, ohne daß man aber zu einem Ergebnis gelangt ist.

An der Tagung des Organisationsausschusses der Tributbank nimmt bekanntlich auch Reichsbankpräsident Dr. Schacht persönlich teil. Der französische Ministerpräsident Tardieu will diese Gelegenheit benutzen, um mit Schacht über die Auflegung des ersten Abschnitts der Privatdarlehensanleihe zu verhandeln. Zunächst soll vor allem die Höhe der Anleihe festgesetzt werden, über die bisher auch unter den Gläubigern noch keine Einigung erzielt werden konnte. Von besonderer Wichtigkeit für Deutschland ist auch die Zinsfrage. Der „Petit Parisien“ nennt die Zahl 5 oder 5 1/2 Prozent und als Emissionskurs entsprechend 95 oder 96 Prozent. Die französische Abordnung hat der deutschen Abordnung mitgeteilt, daß sie ihr einen Vorschlag für die Mobilisierung der Annuitäten zugehen lassen werde, und man kann annehmen, daß dieser Vorschlag inzwischen bereits in Händen der deutschen Abordnung ist.

Mit Rücksicht auf die Abwesenheit der französischen Minister Tardieu und Briand sind in den ersten

Tagen dieser Woche wichtige Entscheidungen in den großen politischen Fragen nicht zu erwarten. Der Beginn der Genfer Ratstagung dürfte überhaupt vorübergehend die Haager Konferenz etwas in den Hintergrund drängen.

Es ist darauf hinzuweisen, daß die bisherigen Verhandlungen in der deutschen Reparationsfrage nicht in dem Ausmaß für die deutschen Reparationen, sondern ausschließlich im Kreis der sechs einladenden Mächte ohne Hinzuziehung der kleinen Mächte stattgefunden haben, die an sich in dem deutschen Reparationsausschuß vertreten sind. Die zweite Haager Konferenz hat somit bisher die gleiche Methode wie die erste Haager Konferenz eingeschlagen, die entscheidenden Fragen ausschließlich im engen Kreis der Großmächte und in den ursprünglich hierfür eingesezten offiziellen Ausschüssen zu behandeln. Die Hinzuziehung der kleinen Mächte soll ausdrücklich erst dann erfolgen, wenn eine Einigung zwischen Deutschland und den großen Gläubigern zustande gekommen ist. Keinesfalls wird die Vollkonferenz vor der Rückkehr der Minister aus Genf zusammentreten, also nicht vor Mittwoch. Erst dann sind auch weitere Verhandlungen in der Sanktionsfrage zu erwarten. In den letzten Besprechungen über diese Frage ist von französischer Seite angeregt worden, den Völkerbundrat in die Sanktionsfrage einzuschalten, und zwar auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundespaktes. Französischerseits hofft man, auf diese Weise einen Ersatz für die Bestimmungen des Artikels 430 im Versailler Vertrag zu finden. Einer solchen Lösung scheint Briand mehr zuzuneigen als Tardieu, der angeblich seinen Pariser Aufenthalt dazu benutzt hat, um mit maßgebenden Politikern über die Frage Rücksprache zu nehmen.

Langsames Tempo im Haag.

Eine Erklärung des Reichsaußenministers.

Im Haag brachte auch die Sechsmächte-Besprechung vom Sonnabend vormittag noch keine Entscheidung. Die von dem englischen Schatzkanzler Snowden gewünschte Durchbrechung der noch offenen Streitpunkte erwies sich als unmöglich, da die bisher noch immer nicht erzielte Einigung noch nicht erreicht werden konnte. Die Vertreter der alliierten Gläubigermächte, vor allem Chéron und Snowden, gaben in der Sitzung offen ihrem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß die Verhandlungen einen sehr langsamen Fortgang nehmen. Beide Minister beschwerten sich über die angebliche Verzögerungstaktik der deutschen Abordnung mit dem Hinweis, man wisse, worauf diese Taktik hinauswolle.

Außenminister Dr. Curtius legte noch einmal den deutschen grundsätzlichen Standpunkt in den großen Streitfragen dar. Von einer Verzögerungstaktik auf deutscher Seite könne überhaupt keine Rede sein. Deutschland habe auf der Konferenz die Aufgabe, den Youngplan zu verteidigen, müsse jedoch die fortgesetzten neuen Forderungen der Gegenseite ablehnen.

Die Aussprache, welche teilweise recht bewegt gewesen sein soll, ergab lediglich eine Aufforderung an die deutsche Abordnung, nunmehr schriftlich ihren Standpunkt in den Hauptfragen: Zahlungstermin der Raten, Aufschub der Zahlungen nach einem Moratorium, Aktivierung der indirekten Pfänder, bekanntzugeben. Mit Rücksicht auf die gespannte Lage gab Dr. Curtius seine Absicht auf, Sonnabend mittag nach Genf abzureisen.

50prozentige Einigung.

Bier Punkte noch umstritten.

In den Sechsmächte-Besprechungen am Sonnabendnachmittag ist es zu einer Einigung über vier der strittigen Punkte gekommen. Es sind dies 1. die Anpassung zwischen dem deutsch-amerikanischen Reparationsabkommen und dem Youngplan, 2. die Liquidationsverträge mit den Gliedstaaten des britischen Weltreiches, mit Italien und anderen

Staaten, 3. das neue Eisenbahngesetz, 4. die zinslose deutsche Einlage für die VZB.

Offen sind nunmehr noch folgende Streitfragen: 1. der Zahlungstermin der deutschen Monatsraten, 2. die Mobilisierung der Jahreszahlungen, 3. der Zahlungsausschub, 4. das negative Pfandrecht.

Zum Montag, nachmittags 4 Uhr, ist eine neue Sitzung der sechs einladenden Mächte einberufen worden, in der die vier offenen Streitfragen behandelt werden sollen.

Ein Wort von Snowden.

Wie nachträglich bekannt geworden ist, gab der englische Schatzkanzler in der Vormittagsitzung eine außerordentlich scharfe Erklärung ab, in der er die Konferenzlage als gefährdet bezeichnete. Trotz der Annehmlichkeiten der holländischen Gastfreundschaft habe er nicht die Absicht, sein ganzes Leben im Haag zu verbringen. Es sei ausgeschlossen, daß die deutschen Unterhändler sich zu jedem einzelnen Punkt die Zustimmung ihrer Regierung einholen müßten.

Die deutschen Vertreter müßten über genügend Vollmachten verfügen, um selbständige Entscheidungen fassen zu können. Wenn die deutsche Abordnung den Youngplan nicht annehmen wolle, so solle sie das gleich erklären. Der Dawesplan würde dann in Kraft bleiben.

Curtius antwortet.

Auf die Ausführungen des englischen Schatzkanzlers hat Außenminister Curtius eine Erklärung grundsätzlichen Charakters abgegeben, worin er ausführte, es liege kein Anlaß zur Beunruhigung vor. Eindringlich sei folgendes festzustellen:

Der Juristenausschuß habe auf Grund der Vorschläge der alliierten Juristen einen Gesamtvorschlag eingereicht, den die deutsche Abordnung bereit sei, anzunehmen. Die Gläubigermächte wären jedoch von dem Vorschlag ihrer eigenen Juristen abgerückt. Zu der Frage der Tarifpolitik der Reichsbahn habe ein einstimmiger Beschluß des Organisationsausschusses vorgelegen. Es wären wieder die Gläubigermächte gewesen, die dieser Konferenz neue Vorschläge unterbreitet hätten.

In der Frage des deutschen Depots bei der VZB habe ebenfalls ein einstimmiger Bericht des Baden-Badener Ausschusses vorgelegen. Die Gläubigermächte hätten wieder neue Vorschläge vorgebracht. Die alliierten Mächte seien ferner gezwungen gewesen, festzustellen, daß ihre Forderungen zur Aktivierung der negativen Pfänder über den Rahmen des Youngplanes hinausgehen.

Die Vorschläge der Gläubiger zur Mobilisierung der deutschen Annuitäten seien in der gestrigen Nacht der deutschen Abordnung übermittelt worden. Es könne unmöglich von ihr erwartet werden, daß sie sich bereits nach wenigen Stunden hierzu äußere.

Dr. Curtius hat sodann mit außerordentlichem Nachdruck betont, daß die deutschen Unterhändler lediglich in einem einzigen Punkt, und zwar in dem des Zahlungstermins der deutschen Monatsraten, sich mit dem Reichskanzler in Verbindung gesetzt hätten. Er protestierte auf das schärfste dagegen, daß die deutschen Unterhändler nicht genügend Vollmachten besitzen sollten. Ebenso habe die deutsche Abordnung niemals mit der Hinzuziehung Dr. Schachts zu den Verhandlungen gedroht. Es wären vielmehr die Gläubigermächte gewesen, die den Baden-Badener Ausschuß für die VZB, nach dem Haag gerufen hätten, in dem auch Dr. Schacht vertreten sei. Er müsse ferner aufs schärfste den Vorwurf ablehnen, daß die deutschen Unterhändler die Verhandlungen auf Montag verzögerten, um das Eintreffen Dr. Schachts abzuwarten.

Die deutschen Unterhändler seien selbstverständlich in der Lage, ohne in jedem einzelnen Punkt mit